



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/111/28 - 2. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seiten:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|----------------|---|----------------|
| 1 - 2          | <u>Interkontinentale Parlamentarierversammlung in Rom</u><br>Beobachtungen und Erfahrungen<br>Von Hellmut Kalbitzer, MdB          | 74             |
| 3              | <u>Kontinuität des Denkens</u><br>Berlin-Problem wird nicht isoliert behandelt<br>Zu Kennedys Pressekonferenz                     | 24             |
| 3              | <u>USA werten Belgrad politisch auf</u><br>Die Bedeutung der Ernennung Kennans zum Botschafter<br>in Jugoslawien                  | 44             |
| 4              | <u>Die Alpträume der Regierung Karamanlis</u><br>Opposition in Griechenland fordert jetzt Neuwahlen<br>Von Dr. Basil Metheopoulos | 43             |
| 5 - 6          | <u>Rund um die "Silberne Grüne Woche"</u><br>Zum 25. Mai unter dem Funkturm in Berlin<br>Eine Bilanz-Reportage<br>* * *           | 102            |

Zur Beachtung: In unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen wir eine  
zusammenfassende Darstellung der Tierquälerei an  
Schlechtpferden.

Wie lange soll das Elend noch so weitergehen?

Von H.G. Ritzel, MdB  
\* \* \*

## Interkontinentale Parlamentarierkonferenz in Rom

### Beobachtungen und Erfahrungen

Von Hellmut Kalbitzer, MdP

Vom 24. bis 26. Januar fand in Rom eine Konferenz von westeuropäischen und afrikanischen Parlamentariern statt. Die Afrikaner vertraten die Parlamente der ehemaligen französischen Kolonien, des ehemaligen belgischen Kongo und des ehemaligen italienischen Somalilandes; zusammen 15 neue Länder mit etwa 48 Millionen Einwohnern, als "Assoziierte Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" bezeichnet. Die europäischen Abgeordneten vertraten die sechs Länder der EWG. Zweck der Konferenz war eine erste Unterhaltung zwischen Parlamentariern beider Gebiete, ob und wie künftig unter den neuen Verhältnissen engere wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen hergestellt werden könnten. Denn alle im Jahre 1960 unabhängig gewordenen Länder waren bis dahin als Kolonien von den westeuropäischen Kolonialmächten abhängig.

### "Gehen, um zu bleiben"?

Mit der erreichten Unabhängigkeit sind aber nicht die Schwierigkeiten der ehemaligen Kolonien gelöst; was bleibt, sind die sogenannten Entwicklungsprobleme: Analphabetentum, primitive Wirtschaftsform, schnell wachsende Bevölkerung und damit das Elend.

Auf der anderen Seite möchten die ehemaligen Kolonialmächte ihren früheren Einfluss auch unter den sich wandelnden Verhältnissen aufrechterhalten, wofür die Belgier vor dem Beginn des Kongo-Debakel das brutale Schlagwort prägten: wir gehen, um zu bleiben. Nur drei der EWG-Staaten sind bis zum vorigen Jahr in Afrika Kolonialmächte gewesen, während die drei übrigen, Bundesrepublik, Niederlande und Luxemburg jetzt neue, auf dem Wege über die EWG, Verantwortungen in Afrika übernehmen sollen.

### Offene Fragen

Die Haltung der Afrikaner auf dieser Konferenz gipfelte in der Forderung: ihr Europäer - womit vor allem die Franzosen gemeint waren - habt uns aus der Primitivität heraus auf den Weg der Zivilisation geführt, dafür danken wir euch - aber ihr müsst jetzt weiterhelfen. Damit entsteht das Dilemma, wie das alte Kolonialregime in ein neues partnerschaftliches Verhältnis, unter Gleichberechtigten zu überführen ist. Schon wurden ungeduldige afrikanische Fragen laut, wo die versprochenen Finanzleistungen blieben und warum bei der EWG die Entscheidungen über Entwicklungsprojekte so lange dauerten.

Die von deutscher Seite gestellte Frage, ob denn die Afrikaner nicht eine Gefahr darin sähen, die europäischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der französisch orientierten EWG und der englisch orientierten "Kleinen Freihandelszone" auf Afrika übertragen zu sehen, beantworteten die Kameruner mit der Feststellung, von der EWG erwarteten sie höhere finanzielle Unterstützung, als wenn alle neu entstandenen Staaten, also ehemalige französische und englische Kolonien, aus einem Entwicklungstopf gespeist würden. In der Tat sind die britischen Teile Afrikas erheblich volkreicher und entwickelter als die französischen.

### Lob und Hoffnung

Das französische Verhältnis zu den Kolonien war nicht nur einseitig ausbeutend, sondern hat, wie die Afrikaner es selbst ausdrücken, auch große zivilisatorische Leistungen vollbracht. Wenn in den ehemaligen Kolonien eine Katastrophe verhindert werden soll, müssen die für die Afrikaner positiven Leistungen in steigendem Maße weitergeleistet werden.

2. Februar 1961

Schwer einzusuchen für Niederländer, Luxemburger und Deutsche ist möglich, warum sie an den neu entstandenen "assoziierten" Ländern mehr Interesse nehmen sollten als an so großen Entwicklungsländern wie Nigeria, Marokko oder dem gewaltigen Indien, die nicht zu dieser Gruppe gehören.

#### Doppelgleisigkeit nicht erwünscht

Wie sehr die Afrikaner auch die zivilisatorischen Beziehungen zu begrüßen liebten, Tatsache war auch, dass am zweiten Tage der Konferenz die Afrikaner von einem bekannten Vertreter der französischen Gewerkschaften (Michelin Auto-Rollen) zum Essen eingeladen wurden und Vertreter des französischen Arbeitgeberverbandes (Conseil National du Travail Français) nicht aus dem Vorsitzern der Konferenz zu verbannt waren, von wo aus sie die Afrikaner "betrauten".

Dazu erwähnt man noch, dass in diesen Tagen der urfahre französische Fallschirmjägeroberst Roger Trinquier das Kommando über eine bewaffnete Grenzkolonne von Katanga übernimmt. 1957 war er einer der Anführer der französischen Truppen, die unter General Massu die algerische Aufstandsbewegung in der Kaskah (der Eingeborenenstadt) von Algier zerschlugen.

Wenn die Afrikaner diese Doppelgleisigkeit der Europäer durchschauen, sind sie als Zivilisationsbringer, andererseits als handfeste Gewaltsmächter mit "bewährten" Kolonialoffizieren aufzutreten, wird die afrikanische Sympathie für die EG schwere Rückschläge erleiden.

+ + +

#### Kontinuität des Denkens

Berlin-Problem wird nicht isoliert behandelt  
Zu Kennedys Pressekonferenz

sp - Es war also tatsächlich nicht notwendig, daß sich Wankelmütige in der Bundesrepublik während der letzten Tage Gedanken darüber machten, warum US-Präsident Kennedy in seiner Botschaft an Senat und Kongreß nicht ausdrücklich Berlin und die Deutschlandfrage erwähnt hatte. Die Auguren und Besserwisser werden sich daran gewöhnen müssen, daß Kennedy wirklich einen neuen Stil der amerikanischen Politik bringt. Was der Präsident in seiner Mittwoch-Pressekonferenz nun sagte, ist eindeutig und dürfte selbst die letzten Miesmacher in die Schranken verwiesen haben. Er sprach von Berlin und bekräftigte den Willen der USA zur Verteidigung der Freiheit der deutschen Hauptstadt. - Das Zwischenspiel zwischen Montag und Mittwoch dieser Woche sollte uns aber eine Lehre sein. Wenn der amerikanische Bürger in Zukunft häufiger in seinen Zeitungen lesen muß, die Deutschen seien Mißtrauisch, weil man sie einmal nicht vorgelesen hat, dann könnte nicht eine tiefgehende Verstimmung die Folge sein.

Wir freuen uns darüber, daß Kennedy in seiner Pressekonferenz dies-  
mal zu verstehen gegeben hat, er wolle die Berlinfrage nicht isoliert  
betrachten, sondern in Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit sehen.  
Das entspricht genau dem berühmten Punkt 6 des Abschlussummiquies der  
Pariser Atlantikratetagung im Dezember 1956, wo Willy Brandt den damaligen  
US-Außenminister Dulles und die übrigen Bündnispartner mit Erfolg dringend  
ersucht hatte, trotz des Berlin-Ultimatums Chruschtschows die Berlinfrage  
nicht isoliert anzusprechen. Wir sehen hier die Kontinuität eines  
Denkens, dessen praktische Auswirkungen in der internationalen Politik  
gerade für uns Deutsche bald sehr bedeutsam werden können.

+ + +

2. Februar 1961

USA werten Belgrad politisch auf

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die Ernennung von George Kennan zum neuen Botschafter der USA in Jugoslawien wird in diplomatischen Kreisen Belgrads als ein Akt von höchster politischer Bedeutung bewertet. Man erblickt darin eine politische Aufwertung Jugoslawiens durch Kennedy und erwartet nicht nur eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Belgrad und Washington, sondern auch den Versuch des neuen US-Präsidenten, die grossen Spezialkenntnisse Kennans in allen Ostfragen zum Nutzen der amerikanischen Ostbeziehungen einzusetzen.

Die Nominierung Kennans beweist zweifellos auch das grosse Interesse Kennedys an den ideologisch-internen Vorgängen innerhalb der kommunistischen Welt, der Jugoslawien trotz seiner ideologischen Differenzen mit Moskau, seiner blocklosen Aussenpolitik und immer stärkeren wirtschaftlichen Integration in die westliche Welt noch immer angehört. Es scheint, als ob man in Washington eingesehen habe, dass ohne die genaue Kenntnis des oft unterbewerteten ideologischen Prinzipienstreites man letztlich nicht eine alle Faktoren berücksichtigende Aussenpolitik gegenüber dem Ostblock betreiben kann. Belgrad dürfte in dieser Hinsicht noch immer ein bestens geeigneter Beobachtungspunkt sein.

Neben dieser einen Aufgabe, die Kennan in Belgrad wahrzunehmen haben wird, zeichnet sich eine andere deutlich ab. Die Präsidentschaftsübernahme Kennedys und die daraus zu erwartende Neubestimmung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses kann sicherlich nicht ohne Folgen auch für die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen bleiben. Sollte es zu der auch von Belgrader politischen Kreisen erhofften politischen Entspannung zwischen Washington und Moskau kommen, wird dies andererseits eine faktische Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen dem wegen seiner objektiveren Einschätzung der US-Politik vom Ostblock so oft verdächtigten Jugoslawien und den die Chruschtschowsche Aussenpolitik unterstützenden kommunistischen Staaten zur Folge haben müssen. Vor- ausgesetzt, Moskau zieht es nicht vor - um seine pragmatischere Aussenpolitik nicht zuletzt aus Rücksichten auf China nicht in ideologischen Vorwurf geraten zu lassen - seine ideologischen Vorwürfe gegen Belgrad unvermindert zu erheben. Alle diese Vorgänge zu beobachten und die politischen Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen, dürfte eine der bedeutendsten Aufgaben des als "Ostexperte" anzusehenden Kennan sein.

Die Bedeutung, die Washington Belgrad beimisst, steht einmal mehr in einem eklatanten Widerspruch zu der Einschätzung, die Bonn offensichtlich Osteuropa und auch Belgrad zukommen lässt. Seit mehr als drei Jahren verzichtet Bonn nicht nur auf jede eigene politische Aktivität in Jugoslawien, sondern auch darauf, sich aus erster Hand über die Vorgänge hier und auf dem Balkan zu unterrichten. Dies könnte sich bald als ein bedeutendes Hindernis erweisen, mit der Entwicklung in den USA Schritt zu halten, woraus im Endergebnis nur Bonn selbst den grösseren Schaden haben dürfte.

+ + +

## Die Alpträume der Regierung Karamanlis

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die "Affäre Merten" scheint sich für die derzeitige griechische Regierung immer mehr zu einem Schreckgespenst auszuwachsen. Abgesehen von den unmittelbar Betroffenen sieht die griechische Öffentlichkeit in diesen Vorgängen der letzten Zeit die schwerwiegendste politische und moralische Krise der vergangenen Jahrzehnte.

Das Sonderbare ist, dass niemand weiss, wann die Schleier an diese diffuse Angelegenheit gelüftet werden. Die Oppositionsparteien haben, ohne auf den Inhalt der Anschuldigungen einzugehen, von Anfang an der Regierung empfohlen, bei den deutschen Justizbehörden einen Straf Antrag zu stellen, damit durch ein von allen Seiten unanfechtbares Material ein Schlussstrich unter den Wust von Anschuldigungen gezogen werden kann.

Einen aktuellen Anlass zu einer grossen Debatte im Parlament gab der publik gewordene Brief des Pressereferenten des Auswärtigen Amtes an den Chefredakteur des "Hamburger Echo", Dr. Henrich. In diesem Zusammenhang warf die Opposition der Regierung Karamanlis vor, dass sie die "deutsch-griechischen Beziehungen durch die "Affäre Merten" ungebührlich belastet habe - nicht zuletzt dadurch, indem sie unter dem Titel der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beschwichtigende Erklärungen von Seiten der Bundesregierung erbeten habe.

Der Vorsitzende der liberal-demokratischen Partei, Georg Papandreu, der nach dem Kriege die Freundschaftsbände zwischen beiden Völkern wieder knüpfte, erklärte im Parlament, der Brief des Pressereferenten des Auswärtigen Amtes enthalte sicher mehr Wahrheitssubstanz, da er ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sei und also auch nicht in der üblichen Formeln diplomatischer Höflichkeit verklausuliert sei. Papandreu stellte weiter vor dem Parlament klar, dass Regierungen doch nur in politischen Belangen "Erklärungen" abgeben können, in juristisch anhängigen Fällen stehe allein den Richtern das Wort zu.

Im gleichen Sinn äusserten sich auch die Fraktionsvorsitzenden der übrigen Oppositionsparteien. Alle forderten einstimmig zu einem möglichst nahen Termin Neuwahlen.

Die "Affäre Merten" ist bekanntlich nicht der einzige Alpdruck für die Mitglieder der griechischen Regierung. Eine Kette offenkundig gewordener zwielichtiger Vorgänge hat in letzter Zeit in Athen eine politische Atmosphäre geschaffen, die nur durch einen Volksentscheid endgültig und nachhaltig geklärt werden kann. Dabei erinnert man sich gerade jetzt daran, dass die "Radikale nationale Union" des Ministerpräsidenten Karamanlis bei den letzten Wahlen nur 41 Prozent der Gesamtstimmen auf sich vereinen konnte, aber dann dank eines vorsorglich frisierten Wahleyntz noch die absolute Mehrheit in der Volksvertretung erhielt.

Einen entscheidenden Einfluss erwartet man in Griechenland allerdings auch von der angebrochenen Ära einer neuen amerikanischen Politik, die sicher Wert darauf legen wird, dass innerhalb der westlichen Welt die demokratischen Grundsätze zu ihrem Recht kommen.

## Rund um die "Silberne Grüne Woche"

Zum 25. Mal unter dem Funkturm in Berlin

R.M. - Die "Grüne Woche" unter dem Berliner Funkturm hatte in diesem Jahr Jubiläum: es war die 25. "Grüne Woche". Im Jahre 1926 trat sie zum ersten Mal in Erscheinung. Nach allerlei Untertreibungen feierte sie ihre Silberne. Zu diesem Jubiläum hatte sie sich besonders fein gemacht und herausgeschmückt, wie sie überhaupt seit den Anfängen mancherlei Änderungen erfahren und sich vor allem erheblich vergrösserte.

### Siebenmillionster Besucher

Die 24 Vorgängerinnen dieser Jubiläumsausstellung haben rund 6,6 Millionen Besucher gehabt; die siebente Millionen dürfte diesmal erreicht sein. Mit der Grössenordnung hat sich auch der Charakter dieser Winterausstellung der deutschen Landwirtschaft gewandelt. Einst war sie die grosse Begegnung von Stadt und Land und diente ausserdem dazu, den Landmann mit allem Neuen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, neuen Verfahren, neuen Maschinen, neuen Samen- und Zuchtsergebnissen bekanntzumachen. Heute, nach dem Zusammenbruch von 1945, hat sie erhebliche politische Bedeutung gewonnen. In geteilten Deutschland ist die "Grüne Woche" eine Brücke und ein starkes Bindeglied zwischen Ost und West.

### Noch internationaler!

Das war die Parole dieser silbernen "Grünen Woche". Die Beteiligung des Auslandes war fast ebenso gross wie die des Inlandes, und es ist nicht ausgeschlossen, dass alsbald das Ausland das Inland auf dieser Ausstellung, die man in andern Ländern nicht kennt, übertrifft. Schon die Teilnahme der Landwirtschaftsminister zahlreicher Länder deutete das an. Die "Grüne Woche" in Berlin wird immer mehr eine europäische Angelegenheit.

### EWG im Vordergrund

Im vergangenen Jahr stellten acht Länder ihre Erzeugnisse aus, in diesem Jahr sind es zehn. Zu Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Kanada, Marokko, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten gesellten sich Österreich und die Schweiz. Im Vordergrund stand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), in der Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik einen gemeinsamen Markt bilden. Ihr war eine der beiden grossen Hallen am Eingang eingeräumt.

### Chianti und "Käsestrasse"

In einer imposanten Schau zeigte sie ihre Wirksamkeit und ihre Erzeugnisse. Reizende Holländerinnenboten die Käsesorten ihres Landes an. Italien bereitete in eigener Küche sein Nationalgericht "Pisces" zu. Der Chianti sei dabei nicht vergessen, so wenig wie der Espresso. In Frankreichs Cabentisch gab es neben vielen Weinen als Neckerbissen sogar Aachern. Wie immer war Belgiens Stand mit seinen Trauben, Erdbeeren und Gemüsen eine Schenswürdigkeit. Die Bundesrepublik hatte eine "Käsestrasse" mit 28 Sorten aufgebaut. Dem Speisequark, der noch lange nicht genug geschätzt wird, war ein besonderer Stand gewidmet.

### Frühstuck für einen Groschen

Kaum minder imponierend war die gegenüberliegende Halle am Eingang. Hier empfing Dänemark mit seinen delikaten Frühstückshappen den Besucher. In dieser üppigen Nahrungsschau hingen Würste und Bier von der Decke

kerab, und auf den Verkaufstischen gab es "Smørbrød" mit Bacon-  
schinken und dergleichen mehr. "Prima, prima - aus Dänemark" hiess  
die Tafel an allen diesen Ständen.

Amerika führte seine Mechanisierung und Automatisierung in der  
Landwirtschaft im Bild und Praxis vor a.B. in einer Futtersiloanlage  
im Original oder einer automatischen Rohrmelkanlage, die Milch und  
Eiweisse sofort sondert. Viel bestaunt und begutachtet war ein gewichti-  
ger Eruthahn hinter Glas, den man für einen Groschen gewinnen konnte,  
wenn man sein Gewicht erriet. Ein Bild des Kornrichtens kam das ver-  
mittelte ein grosses Bassin, in das unablässig aus einem Silo Weizen-  
korn rieselte.

#### Frühling im Dunkeln

Die grosse Blumenhalle war immer ein Glanzstück der Ausstellung.  
Frühling im Winter war und ist ihr Zauber, dem sich der Besucher gern  
Hörliess. Hier war der Ruhepunkt im Getriebe der Hallen, die Stille  
in Lärm der Dinge. So war es auch heute und doch ganz anders. Es war,  
als tauche man in ein riesiges fensterloses Gewölbe. Die Decken und  
Wände schwarz verhungen, in Scheinwerfer leuchteten die Blumen, die  
durch Gestelle in zwei Etagen oder Stockwerken angebracht waren. Blick-  
te man oben von der Treppe in die Halle, so wirkte das Ganze wie ein  
riesiger Katakomben. Ging man herab, erschienen in dieser Dunkelheit die  
Frühlingsblumen in einem neuen Licht, das gar nicht künstlich wirkte,  
sondern deutlich machte, wie aus dem Winter der Frühling aufblüht.

#### Grinzling am Funkturm

Aber es ging nicht nur ernst und gewichtig auf dieser "Silbernen  
Tafelwoche" zu, man konnte auch lustig und laut sein. Die Schweiz  
hatte diesmal einen Rundtempel bezogen und darin folgerichtig ein Karus-  
sell eingebaut, mit dem sie maneur für Käse, Schokolade und Pflanzliwasser  
war. Österreich hatte eine Heurigenstube ortsgetreu mit Gesang und  
Schrammelmusik mitgebracht. Etwa 30 Weinsorten von der Wachau bis zum  
Bayerland wurden in Leuben ausgetrennt. Hier herrschte Stimmung,  
wurde geschunkelt und gesungen. Die Tische waren immer besetzt.

#### Nutzgrün und Schaugrün

Der Kleingarten wird in Zukunft mehr noch als bisher eine wichtige  
Rolle im Leben des Großstädtlers spielen. Die Musterkleingärten und  
Siedlungsgärten mit Garten- und Siedlerhaus nahmen eine ganze Halle ein.  
Moderne Kleingartenkolonien boten ein freundliches, einladendes Bild  
und fügten sich harmonisch in die neue Stadtplanung, die den Ausgleich  
und die Verbindung von Nutzgrün und Schaugrün sucht. Zum Kleingarten  
gehören die bepelzten und befüßelten Kleintiere, Kaninchen, Hühner,  
Enten, Gänse, Tauben bis zur Biene, während die Chinchilla heute eine  
besondere Liebhaberei ist. So kam auch das "Hobby" des Großstädtlers zu  
seinem Recht.

#### Musterhof in Naturgröße

Die zehn deutschen Weinlandschaften Ahr, Mittelrhein, Mosel/Saar/  
Ruwer, Rheingau, Rheinhessen, Nahe, Rheingolz, Baden, Württemberg  
und Franken schenkten im Deutschen Weingarten in eigenen Leuben ihre  
Weine der besten Jahrgänge und Rebsorten aus. In der Berlin-Halle  
standen die Riesen der landwirtschaftlichen Maschinen. "Aluminium in  
der Landwirtschaft" hiess eine Sonderchau, oder Pflanzenschutz und  
Bodenfrucht. Ein Musterhof in Naturgröße, wie ihn jeder Hauskeller  
trachtet, zog viele Besucher an und findet öffentlich in der Bundes-  
republik, in die die Flüchtlinge aus der Zone unablässig strömen,  
einen fröhlichen Wirklichkeit. + + +